

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2010

Abgeschlossen am 31. März 2010. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die hohe Staatsverschuldung Griechenlands resultiert aus einer unzureichenden statistischen Berichterstattung und aus der Wirtschaftskrise. Die Länder der Währungsunion müssen nun versuchen, eine weitere Abwertung des Euro zu verhindern, und stellen Finanzmittel zur Verfügung. Nach der anlässlich des Ratstreffens von den Euro-Ländern beschlossenen Formel werden sie zwei Drittel der benötigten Mittel über bilaterale Kredite bereitstellen, ein Drittel stellt der Internationale Währungsfonds zur Verfügung. Die Europäische Kommission schlägt eine neue wirtschaftspolitische Strategie "Europa 2020" vor.

7. Jänner: Spanien übernimmt die Präsidentschaft im Europäischen Rat. Mit 1. Dezember 2009 sind die institutionellen Veränderungen nach dem Lissabon-Vertrag in Kraft getreten, der Belgier Herman Van Rompuy ist für zweieinhalb Jahre gewählter hauptamtlicher Ratspräsident.

15. Jänner: Die griechische Regierung übermittelt der Europäischen Kommission das Stabilitätsprogramm 2010/2013. Ausgehend von –12% bis –13% des BIP soll der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte heuer um 4 Prozentpunkte auf –8,7%, 2011 auf –5,6%, 2012 auf –2,8% und 2013 auf –2% gesenkt werden. Die Staatsverschuldung soll von derzeit 120% des BIP bis 2013 auf 113% des BIP verringert werden. Die Konsolidierungspläne umfassen auf der Einnahmenseite Maßnahmen wie die Abschaffung von Steuerbefreiungen, die Anhebung von Verbrauchsteuern auf Alkohol und Tabak und die Bekämpfung der Steuerumgehung. Ausgabenseitig kürzt die Regierung Beamtenzulagen, 2010 werden im öffentlichen Dienst keine Neueinstellungen vorgenommen, und in den kommenden Jahren werden nur 20% der in den Ruhestand tretenden öffentlich Bediensteten nachbesetzt. Strukturmaßnahmen sollen die Effizienz der öffentlichen Ausgaben erhöhen und den Haushaltsrahmen verbessern. Maßnahmen in Bezug auf Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Mineralölsteuer und eine Pensionsreform werden angekündigt.

21. Jänner: Der Präsident der USA, Obama, will Banken mit Kundeneinlagen riskante Eigenhandelsgeschäfte verbieten. Er schlägt vor, die Größe der Banken zu begrenzen.

28. Jänner: In seiner Rede zur Lage der Nation unterstreicht Präsident Obama seine Absicht, die Gesetzesprojekte zur Gesundheitsreform und zur Bankenreform umzusetzen. 2010 hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität. Dafür könnten die Mittel aus den von den Großbanken zurückgezahlten Staatshilfen (30 Mrd. \$) eingesetzt werden. In den kommenden fünf Jahren sollen sich die Exporte der USA verdoppeln. Dadurch könnten bis zu 2 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden.

28. Jänner: Der Senat der USA bestätigt die zweite vierjährige Amtszeit des Notenbankpräsidenten Ben Bernanke.

3. Februar: In ihrer Bewertung von Griechenlands Stabilitätsprogramm empfiehlt die Europäische Kommission, das übermäßige Haushaltsdefizit zu korrigieren, die Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen zu verbessern und die Verlässlichkeit der

Ausland

EU: Ratspräsidentschaft

Griechenland:
Stabilitätsprogramm

USA: Banken

USA: Gesundheitsreform,
Bankenreform

USA: Bernanke

EU: Griechenland

Statistik zu erhöhen. Finanzpolitische Maßnahmen wie die Senkung des Personalaufwands im öffentlichen Dienst, die Anhebung der Mineralölsteuer und die Pensionsreform sind in den nächsten Wochen näher auszuführen, und für die Umsetzung soll ein Zeitplan genannt werden. Künftig muss Griechenland alle drei Monate einen Bericht über die Umsetzung der von der Kommission geforderten Maßnahmen vorlegen, der eingehend geprüft wird. Ein Vertragsverletzungsverfahren wird eingeleitet, um zu erreichen, dass die Behörden ihrer Pflicht zur Übermittlung verlässlicher Haushaltsstatistiken nachkommen.

Ecofin: Griechenland

16. Februar: Im Mittelpunkt der Ecofin-Ratstagung steht Griechenlands Staatsverschuldung. Der Rat bewertet das Stabilitätsprogramm und verschärft auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission vom 3. Februar das Defizitverfahren gegen Griechenland. Das Land wird aufgefordert, seine Wirtschaftspolitik mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der EU in Einklang zu bringen und eine Gefährdung der Wirtschafts- und Währungsunion zu vermeiden.

USA: Diskontsatz

19. Februar: Die Notenbank der USA erhöht den Diskontsatz um 25 Basispunkte auf 0,75%.

Großbritannien: Prudential

1. März: Der britische Versicherungskonzern Prudential übernimmt das Asiengeschäft der American International Group (AIG) für 35 Mrd. \$. Der Kaufpreis wird zum größten Teil bar erlegt (25 Mrd. \$), der Rest in neuen Aktien und Sicherheiten. AIG wies 2009 einen Verlust von 61,66 Mrd. \$ aus.

USA: Fannie Mae

2. März: In den USA benötigt die Hypothekenbank Fannie Mae weitere staatliche Zuschüsse im Umfang von 15,3 Mrd. \$, um die jüngsten Verluste abzudecken.

EU: "Europa 2020"

3. März: Die Europäische Kommission stellt ihre neue Wachstumsstrategie "Europa 2020" vor. Sie basiert auf drei prioritären Wachstumsformen:

- intelligentes Wachstum auf Basis von Wissen und Innovation,
- nachhaltiges Wachstum durch die Förderung von Ressourcenschonung, Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit,
- integratives Wachstum durch hohe Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Der Erfolg der Strategie soll sich an 5 Kernzielen orientieren:

- Die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen soll in den nächsten 10 Jahren von derzeit 69% auf 75% erhöht werden.
- Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sollen bis 2020 EU-weit von 1,9% des BIP (2008) auf 3% erhöht werden.
- Die Klimaschutz- und Energieziele ("20-20-20"¹⁾) sollen bis 2020 erreicht werden. Falls eine umfassende weltweite Übereinkunft für die Zeit nach 2012 zustande kommt, soll das Ziel der Emissionsverringerung auf 30% gegenüber dem Niveau 1990 erhöht werden.
- Der Anteil der Jugendlichen, die den Schulbesuch abbrechen (10. Schulstufe) und keine Ausbildung abschließen, soll in der EU von derzeit 15% auf unter 10% gesenkt werden. Bis 2020 sollen mindestens 40% der Abschlüsse insgesamt Hochschulabschlüsse sein.
- Die Zahl der Personen unter der Armutsschwelle (60% des Durchschnittseinkommens eines Landes) soll in den EU-Ländern um 25% auf insgesamt 20 Mio. sinken.

Zur Umsetzung regt die Kommission sieben Leitlinien an, die für die Mitgliedsländer bindend sein sollen:

- Innovationsunion,
- Jugend in Bewegung,
- Digitale Agenda für Europa,
- Ressourcenschonendes Europa,

¹⁾ Ausgehend vom Niveau des Jahres 1990 sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20% verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energie am Gesamtenergieverbrauch auf 20% steigen und die Energieeffizienz um 20% erhöht werden.

- Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung,
- Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten,
- Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut.

Der Erfolg der Umsetzung soll durch eine stärkere politische Steuerung und Überwachung gewährleistet werden. Auf der Grundlage von Länderberichten ist dazu eine jährliche Bewertung auf EU-Ebene und auf Länder-Ebene vorgesehen, der Empfehlungen an die Mitgliedsländer folgen. Bei nicht angemessener Umsetzung kann eine politische Warnung ausgesprochen werden. Berichterstattung und Bewertung zur Strategie "Europa 2020" sollen gleichzeitig mit der Bewertung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfolgen, wenngleich es zwei getrennte Instrumente sind.

3. März: General Motors erhöht den Sanierungsbeitrag in Form von Eigenkapital und Krediten für Opel von ursprünglich 0,6 Mrd. € auf 1,9 Mrd. €²⁾.

General Motors – Opel

6. März: In einer Volksabstimmung lehnt Islands Bevölkerung das Icesave-Abkommen zu 93% ab. Das Abkommen regelt die Entschädigung ausländischer Kunden im Ausmaß von 3,8 Mrd. €: Nach dem Zusammenbruch der Sparbank Icesave und ihrer Verstaatlichung wurden Sparer aus Großbritannien und den Niederlanden nicht entschädigt, Isländer erhielten eine Mindestentschädigung.

Island: Icesave-Abkommen

15. März: Der Untersuchungsbericht über die Investmentbank Lehman Brothers deckt Bilanzmanipulation aus dem Jahr 2008 im Umfang von 50 Mrd. \$ auf.

USA: Lehman Brothers

17. März: Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise bewertet die Europäische Kommission die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlanden, Österreich, Slowakei, Schweden, Finnland und Großbritannien. Da der Haushaltsprojektion eher optimistische Wachstumsannahmen zugrunde liegen, könnten die Haushaltsergebnisse hinter den Zielvorgaben zurückbleiben. Die meisten bewerteten Länder setzen 2010 noch Konjunkturmaßnahmen um, 2011 werden diese Maßnahmen zugunsten von ehrgeizigen Konsolidierungsmaßnahmen zurückgenommen.

EU: Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Am österreichischen Konsolidierungsprogramm kritisiert die Kommission das weitgehende Fehlen konkreter Maßnahmen für die Konsolidierung ab 2011. Reformbedarf sieht die Kommission in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Erhebliche Effizienzgewinne könnten durch eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates erzielt werden.

25. März: Der Kongress der USA verabschiedet nach großem politischen Widerstand die Gesundheitsreform. Diese gehört zu den zentralen politischen Zielen von Präsident Obama und wird 32 Mio. bisher nicht versicherten Bürgerinnen und Bürgern eine Krankenversicherung ermöglichen. Die anfallenden Kosten werden für die nächsten 10 Jahre auf 900 Mrd. \$ geschätzt.

USA: Gesundheitsreform

25.-26. März: Anlässlich des Treffens des Europäischen Rates einigen sich die Staats- und Regierungsoberhäupter der Euro-Länder auf die Zusammensetzung und den Ablauf finanzieller Hilfsmaßnahmen für Griechenland. Die von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene Formel, zwei Drittel der Mittel durch die Euro-Länder nach deren Kapitalschlüssel in der Europäischen Zentralbank (ohne Griechenland)³⁾ und ein Drittel durch den Internationalen Währungsfonds aufzubringen, wird angenommen. Die Unterstützung in Form von bilateralen Beistandskrediten durch die Euro-Länder und den IWF erfolgt nur auf Verlangen von Griechenland, wenn sich das Land nicht mehr über Anleihenmärkte finanzieren kann ("Ultima-Ratio-Klausel"). Voraussetzung für den Beistand sind eine Beurteilung durch die Europäische Kommission und die EZB und ein einstimmiger Beschluss der Euro-Länder.

Euro-Länder: Griechenland

Der Europäische Rat erörtert die von der Kommission vorgelegte Strategie "Europa 2020" und vereinbart die 5 Kernziele sowie die Modalitäten zur besseren Überwachung der Umsetzung auf EU-Ebene und in den Mitgliedsländern.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2009", WIFO-Monatsberichte, 2010, 84(1), S. 32, http://www.wifo.ac.at/wa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38123&typeid=8&display_mode=2.

³⁾ Für Österreich ergibt sich ein Anteil an den gesamten Mitteln von 2,86%.

Österreich

Stabilitätsprogramm
2009/2013

Mit dem aktualisierten österreichischen Stabilitätsprogramm 2009/2013 werden die künftigen budgetären Rahmenbedingungen zur Erreichung der Maastricht-Vorgaben festgelegt. Der Ministerrat beschließt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu 60% ausgabenseitig und zu 40% einnahmenseitig bewältigt werden soll. Im Jahr 2011 sollen im Bundesbudget 1,7 Mrd. € eingespart werden. Auf der Einnahmenseite soll u. a. eine Bankenabgabe mit 500 Mio. € zur Konsolidierung beitragen.

26. Jänner: Das österreichische Stabilitätsprogramm 2009/2013 wird vorgelegt. Zur Senkung der krisenbedingt stark erhöhten Staatsverschuldung sind in Österreich, wie in den meisten anderen EU-Ländern, ab 2011 ambitionierte Konsolidierungsmaßnahmen vorgesehen. Ausgehend von einem Finanzierungssaldo von -3,5% des BIP im Jahr 2009 und einer Schuldenquote von 66,5% des BIP⁴⁾ werden für 2010 ein Budgetsaldo von -4,7% und eine Schuldenquote von 70,2% des BIP erwartet. In den Folgejahren wird das Budgetdefizit zurückgehen auf -4% 2011, -3,3% 2012 und -2,7% 2013. Die Schuldenquote erhöht sich auf 72,6% 2011 bzw. 73,8% 2012 und erreicht 2013 74,3% des BIP. Die Prognose der Quoten basiert auf der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 1,5% in den Jahren 2010 und 2011, 1,9% 2012 sowie 2% im Jahr 2013.

Übersicht 1: Makroökonomische Rahmenbedingungen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %	+2,0	-3,4	+1,5	+1,5	+1,9	+2,0
Inflationsrate (HVPI), in %	3,2	0,4	1,3	1,5	1,8	1,9
Arbeitslosenquote (laut Eurostat), in %	3,8	5,0	5,4	5,7	5,7	5,7
Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte, in % des BIP	-0,4	-3,5	-4,7	-4,0	-3,3	-2,7
Schuldenquote, in % des BIP	62,6	66,5	70,2	72,6	73,8	74,3

Q: Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013, Wien, 2010.

Ministerrat: Finanzrahmen
2011 bis 2014

9. März: Im Ministerrat wird der Finanzrahmen für den Bundeshaushalt für die Jahre 2011 bis 2014 beschlossen. Die vorgesehenen Ausgaben sind für 2011 rechtlich bindend, für die Folgejahre indikativ. Der im aktualisierten Stabilitätsprogramm vorgegebene Defizitpfad soll durch Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden, die zu 60% auf der Ausgabenseite und zu 40% auf der Einnahmenseite ansetzen. Im Jahr 2011 sollen im Bundeshaushalt 1,7 Mrd. € eingespart werden (gemessen an den Planungen im Rahmen des Finanzrahmens 2009/2013 vom April 2009); das bedeutet für die einzelnen Bereiche Kürzungen von bis zu 3,6%. Gleichzeitig sollen Steuererhöhungen im Umfang von 1,7 Mrd. € umgesetzt werden; bislang steht nur die Einführung einer Bankenabgabe fest, die Einnahmen von 500 Mio. € erbringen soll. Von den angestrebten zusätzlichen Steuereinnahmen verbleiben 1,1 Mrd. € beim Bund, 0,6 Mrd. € fließen über den Steuerverbund an Länder und Gemeinden. Die Länder sollen Einsparungen von 800 Mio. € realisieren.

Finanzmarktaufsicht:
Fremdwährungs- und
Tilgungsträgerkredite

22. März: Die Finanzmarktaufsicht veröffentlicht eine Erweiterung ihrer Mindeststandards zu Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten mit dem Ziel, die Neuvergabe an private Haushalte strengerem Kriterien zu unterwerfen. Das hohe Volumen dieser Kredite insbesondere als Standardprodukt zur Wohnraumbeschaffung soll nachhaltig verringert werden. Jede Bank hat dazu ein schriftliches Konzept zu entwickeln, die Risikoentwicklung dieser Kredite zu überwachen und Kunden zu informieren, um das Risiko zu begrenzen. Die Neuvergabe muss an strenge Kriterien geknüpft sein (laufendes Einkommen, Erlöse in gleicher Währung), und die Bank muss Leitlinien zur Sicherstellung der Refinanzierung definieren. Fremdwährungskredite dürfen nicht mehr endfällig in Kombination mit Tilgungsträgern vergeben werden. Endfällige Euro-Kre-

⁴⁾ Die für 2009 mit 68,5% des BIP vorgegebene Schuldenquote wurde unterschritten, da für die Bewältigung der Bankenkrise nur 4,8 Mrd. € statt der veranschlagten 10,3 Mrd. € verwendet wurden.

dite sollen nur mehr in begründeten Fällen vergeben werden dürfen, und Euro-Kredite mit kapitalaufbauenden Tilgungsträgern bedürfen der erhöhten Sorgfalt.

29. März: In der Maastricht-Notifikation ist das gesamtstaatliche Budgetdefizit für 2009 mit 3,4% des BIP geringfügig niedriger als erwartet (im Jänner 2010 meldete Österreich im aktualisierten Stabilitätsprogramm eine Quote von 3,5%). Der Bundessektor trägt dazu -2,73% des BIP bei, auf die Länder (ohne Wien) entfallen -0,48% des BIP, auf die Gemeinden (einschließlich Wiens) -0,27% des BIP und auf die Sozialversicherungsträger +0,05% des BIP. Der Schuldenstand ist wie erwartet von 62,6% des BIP im Jahr 2008 auf 66,5% 2009 gestiegen.

Maastricht-Notifikation